

Giftanschläge an iranischen Mädchenschulen: Wann sind Frauen sicher?

Mirzaei, Diba

2023

<https://doi.org/10.25595/4445>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mirzaei, Diba: *Giftanschläge an iranischen Mädchenschulen: Wann sind Frauen sicher?*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 32 (2023) Nr. 2, 131–135. DOI: <https://doi.org/10.25595/4445>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i2.15>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Giftanschläge an iranischen Mädchenschulen: Wann sind Frauen sicher?

DIBA MIRZAEI

Nach dem Tod der iranischen Kurdin Jhina Amini herrschte für einige Monate Ausnahmezustand im Iran. Internationale Medien überschlugen sich mit Meldungen über die Proteste und Entwicklungen im Land (Al-Monitor 2023; CNN 2022). Neben all den Berichten fand eine Meldung vom 30. November 2022 (Fararu 2023) anfangs wenig Beachtung, nämlich die von Vergiftungsfällen an einer Mädchenschule in Qom. Erst nachdem zahlreiche weitere Mädchenschulen landesweit Vergiftungsfälle meldeten und Bilder und Videos von nach Luft ringenden Mädchen auf dem Schulhof durch die sozialen Netzwerke gingen, erreichten die Meldungen auch Deutschland (Süddeutsche Zeitung 2023; Zeit Online 2023). Der Aufschrei war groß und schnell wurde dem iranischen Regime die Schuld an den Vergiftungen gegeben (The Guardian 2022). Auch die BBC ging den Verdachtsfällen nach. In einem Artikel (BBC 2023) stellten mehrere Professoren die These auf, dass es sich nicht nur um Vergiftungsfälle handle, sondern auch um einen Fall von Massenpanik. Eine Reaktion, die nicht überraschend sei nach der repressiven Haltung des Regimes gegenüber Protestierenden. Solch großangelegte Angriffe auf psychologische Faktoren zu reduzieren, reiht sich ein in eine frauenfeindliche Berichterstattung und lenkt von der Gewalt gegen Frauen und Mädchen grundsätzliches Problem ab, das strukturell auf allen Ebenen im Iran verankert ist.

Gewalt gegen und Unterdrückung von Frauen und Mädchen gehören zur Staatspraxis

Die jüngsten Giftanschläge sind Ausdruck eines Systems, das Gewalt gegen Frauen legitimiert. Häusliche Gewalt z.B. ist eine weitverbreitete Praxis im Iran. So gaben laut einer Studie 60% der befragten Frauen an, häusliche Gewalt in ihrer Ehe bereits erlebt zu haben (Tizro 2012)¹. In einigen iranischen Provinzen werden Ehrenmorde verübt (Hosseini 2021). Die iranische Tageszeitung Shargh (2023) hat jüngst berichtet, dass alle vier Tage eine Frau im Iran getötet wird, wobei davon ausgegangen wird, dass die Dunkelziffer deutlich höher sein dürfte.

Was aber führt dazu, dass Gewalt gegenüber Frauen im Iran zum Alltag gehört? Es werden insbesondere folgende zwei Faktoren, die geschlechterbasierte Gewalt und Geschlechterungleichheit im Iran aufrechterhalten, diskutiert (UN Economic and Social Council 2006): zum einen herrschen patriarchale Werte und Ansichten in der Gesellschaft; zum anderen existieren „staatlich geförderte institutionelle Strukturen, die auf geschlechtsspezifischen, strengen Auslegungen religiöser Grundsätze“ (ebd., 2) basieren. Ersteres ist ein weltweites Phänomen, wohingegen letzteres spezifisch für die Geschlechterpolitik der Islamischen Republik Iran (IRI) ist. Laut Zahra Tizro (2012) ist Gewalt gegen Frauen das Ergebnis eines sozialen Systems, das tief in

Ungleichheit und Patriarchat verwurzelt ist. Diese ungleichen Machtverhältnisse ermutigen einige, ihre Macht über andere auszuüben und sie zu kontrollieren. In patriarchalen Systemen haben Männer das Recht zu kontrollieren und zu dominieren, wohingegen Frauen Männern untergeordnet sind. Das geltende islamische Recht im Iran überträgt unbegrenzte Macht in die Hände der Männer. Gewalt gegen Frauen, in welcher Form auch immer, ist mithin Ausdruck der Unterordnung von Frauen. Diese ungleichen Machtverhältnisse werden durch soziale Institutionen, Gesetze und staatliche Regulierungen aufrechterhalten und gefördert (Tizro 2012).

Im Falle der IRI lässt sich schlussfolgern, dass der Staat sich als moralisch verantwortlich sieht, die Gesellschaft gemäß ihrer radikalen Auslegung der Scharia zu führen. Kurz nach der iranischen Revolution 1979 fragten sich die Architekten des neuen politischen Systems, wie sie den neuen vom alten, verwestlichten Staat trennen könnten. Hierfür sollte die iranische Gesellschaft im Kern ‚geheilt‘ werden. Frauen als Fundament der Familie wurden als Kern der Gesellschaft (Osanloo 2009) und in ihrer Funktion als Übermittlerinnen der Kultur (UN Economic and Social Council 2006) identifiziert. Die Kontrolle über das Verhalten sowie die Kleidung von Frauen galten in der Folge als einer der Säulen des neuen politischen Systems. Der Verzicht auf den obligatorischen Hidschab und die uneingeschränkte Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben sind Anliegen, denen die IRI nicht zustimmt und bei denen sie auch nicht bereit ist, Kompromisse einzugehen – vor allem, weil sie tief mit der Kernidentität der IRI als Staat verbunden sind. Die Forderung von Frauen und Mädchen bei den jüngsten Protesten, die Kleidervorschriften aufzuheben, wurde daher von der IRI als Affront gegen ihre Politik und ihr Fundament gesehen.

Ferner gehört die Unterdrückung von Frauen im Iran nicht nur zur Tagesordnung, sie ist auch Teil der Rechtsprechung. Der ungleiche Zugang zum Arbeitsmarkt, der unzureichende gesetzliche Schutz bei geschlechtsspezifischer Gewalt und die Kriminalisierung von Abtreibung und Sexualität – insbesondere außerhalb der Familie – sind allesamt Indikatoren dafür, wie die IRI diese patriarchalischen Konturen zementiert (Mirzaei/Talebian 2022).

Der Zusammenhang zwischen maskulinen Gesellschaften und den Giftanschlägen

Im Lichte dieser patriarchalen Strukturen und Rechtsprechung müssen auch die Vergiftungsfälle an iranischen Mädchenschulen gesehen werden. Frauen und Mädchen nahmen eine tragende Rolle bei den vergangenen Protesten ein. Die Journalistin Niloofar Hamedi hat ein Bild von Aminis Eltern im Krankenhaus auf Social Media geteilt. Das Foto verbreitete sich wie ein Lauffeuer und löste landesweite Proteste aus (Middle East Eye 2022). Viele weitere Journalistinnen, wie z.B. Elahe Mohammadi oder Yalda Moaiery, haben über die Beerdigung von Amini oder die Proteste berichtet (France24 2023) und wurden dafür verhaftet. Zahlreiche Frauen gingen für die Abschaffung der Kopftuchpflicht und Gleichberechtigung auf die Straße und for-

dernten nicht zuletzt das Ende des iranischen Regimes, dessen Ideologie sie als Quelle ihrer Unterdrückung sehen. Die Zentralität und Bedeutung von Frauen und Mädchen während der Proteste ist auch dem Regime nicht entgangen. Zum ersten Mal wurde eine „Weibliche Anti-Riot-Einheit“ innerhalb der Polizei geschaffen, um weibliche Protestierende zu kontrollieren. Frauen wurden auch schnell als Führerinnen der Protestbewegung identifiziert (Mehrnews 2022).

Als Frauen inmitten der Proteste festgenommen wurden, häuften sich Berichte über Fälle von sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen in den Gefängnissen. Die Polizei ist keinen dieser Vorwürfe nachgegangen und der Staat hat diese Berichte als Propaganda abgetan. Dieselbe Reaktion war während der Vergiftungswelle an Schulen zu beobachten. Obwohl der iranische Vizegesundheitsminister, Younes Panahi, auf einer Pressekonferenz einräumte, dass das vermutliche Ziel der Täter war, Mädchen von Bildung abzuhalten, hatte er keine Erklärung dafür, wer hinter den Angriffen stecken könnte (Tasnim 2023). Schnell wurden aber die vermeintlichen Täter gefunden. Die Polizei verhaftete mehrere Männer, die eine aktive Rolle bei den Protesten hatten (TAZ 2023), obwohl vieles eher auf das Handeln von Fundamentalist*innen deutete. Folglich nutzte das iranische Regime die Vergiftungsserie für ihre eigenen Zwecke, indem es nicht nur Angst in der Bevölkerung auslöste, sondern auch unliebsame Widersacher*innen verhaften konnte.

Doch zu einer verstärkten Sicherheit von Frauen und Mädchen hat dieses staatliche Handeln nicht beigetragen. Es mag sein, dass nach den Berichten über Giftgasangriffe an Mädchenschulen vereinzelt Panik ausgebrochen ist. Jedoch ist es höchst problematisch, sich nicht mit der Frage zu befassen, wie solche groß angelegten und landesweiten Angriffe auf Mädchen überhaupt möglich waren. Wie kann es sein, dass in einem hoch militarisierten und überwachten Land wie dem Iran die Regierung nicht weiß, wer diese Verbrechen begangen hat? Selbst wenn die Regierung nichts mit den Anschlägen zu tun hat, so kann ihre Reaktion auch als Befürwortung gedeutet werden und als Bestrafung von Frauen für ihre Rolle bei den Protesten. In einer maskulinen Gesellschaft wie im Iran, in der ein von Männern geführter Staat entscheidet, was sich für Frauen gehört und was nicht, in der Ungehorsam bestraft wird und Frauen als hysterisch, emotional und irrational stereotypisiert werden, kann es keine Sicherheit für Frauen und Mädchen geben. Erst, wenn patriarchale Geschlechterordnungen abgeschafft werden und Frauen „als vielseitige Sicherheitsgeber und nicht nur als schutzbedürftige Opfer anerkannt werden“ (Adebahr/Mittelhammer 2020, 8), sind Frauen sicher. Nur dann ist das Verständnis der Bedingungen ihres Schutzes sowie die Kontrolle derselben durch die Frauen möglich.

Literatur

Adebahr, Cornelius/Mittelhammer, Barbara, 2020: A Feminist Foreign Policy to Deal with Iran? Carnegie Endowment for International Peace. Internet: https://carnegieendowment.org/files/AdebahrMittelhammer_FemFoPo_INTERIOR_v2.pdf [17.7.23].

Al-Monitor, 2022: Arrest by Hijab Police Leaves Woman Comatose. 15.9.2023. Internet: <https://www.al-monitor.com/originals/2022/09/arrest-hijab-police-leaves-woman-comatose> [2.8.2023].

BBC, 2023: Are Iranian Schoolgirls Being Poisoned by Toxic Gas? 3.3.2023. Internet: <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-64829798> [1.7.2023].

CNN, 2022: A Barrier of Fear has been Broken in Iran. The Regime may be at a Point of no Return. 5.10.2023. Internet: <https://edition.cnn.com/2022/10/05/middleeast/iran-protests-regime-intl> [2.8.2023].

Fararu, 2023: Moamaye Serial-e Masmoumiat-e Danesh Amouzan-e Qomi [Das Geheimnis der Vergiftungsserie von Schülerinnen in Qom]. 7.2.2023. Internet: <https://web.archive.org/web/20230225133927/https://fararu.com/fa/news/607662/> [2.8.2023].

France24, 2022: Iran Arrests Reporter who Covered Amini Funeral: Lawyer. 29.9.2022. Internet: <https://www.france24.com/en/live-news/20220929-iran-arrests-reporter-who-covered-amini-funeral-lawyer> [3.8.2023].

Hosseini, Behnaz, 2021: Women and Suicide in Iran. Law, Marriage and Honour-Killing. London, New York.

Mehrnews, 2022: Nokhostin Mamooriat-e Yegan-e Zanan [Die erste Mission der weiblichen Polizei-Taskforce]. 21.9.2022. Internet: <https://tinyurl.com/yc6fe2hm> [1.7.2023].

Middle East Eye, 2022: Mahsa Amini: An Iranian Journalist Broke the News of the Death. Now she's in Jail. 29.9.2022. Internet: <https://www.middleeasteye.net/news/iran-mahsa-amini-journalist-broke-news-jail> [2.8.2023].

Mirzaei, Diba/Talebian, Hamid, 2022: Iran's Uprisings. A Feminist Foreign Policy Approach. In: GLGA Focus Nahost. 6, 1-11. Internet: https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2023/144706/pdf/2022_6_Iranas_Uprisings_A_Feminist_Foreign_Policy_Approach.pdf [17.7.2023].

Osanloo, Arzoo, 2009: The Politics of Women's Rights in Iran. Princeton.

Shargh, 2023: Har rouz yek zan koshi (Jeden Tag ein Femizid). 5.7.2023. Internet: <https://cdn.sharghdaily.com/servev2/tp7hYk3ti08a/i1kub06DEUw/06.pdf> [5.7.2023].

Süddeutsche Zeitung, 2023: Mysteriöse Vergiftungswelle hält den Iran in Atem. Süddeutsche Zeitung, 4.3.2023. Internet: <https://www.sueddeutsche.de/gesundheits/gesundheits-mysterioese-vergiftungswelle-haelt-den-iran-in-atem-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230304-99-825678> [4.3.2023].

Tasnim, 2023: Moaven-e Vazir-e Behdasht: Masmoumiat-e Danesh Amouzan-e Qomi Amdi Boud [Der Vizegesundheitsminister: Die Vergiftung von Schülerinnen in Qom war Absicht]. 27.2.2023. Internet: <https://www.tasnimnews.com/fa/news/1401/12/07/2859351/> [3.8.2023].

TAZ, 2023: Anschläge auf iranische Schülerinnen. Giftrache der Gottesfürchtigen. 11.3.2023. Internet: <https://taz.de/Anschlaege-auf-iranische-Schuelerinnen/!5918438/> [11.3.2023].

The Guardian, 2023: Iranian Officials to Investigate 'Revenge' Poisoning of Schoolgirls. 27.2.2023. Internet: <https://www.theguardian.com/global-development/2023/feb/27/iranian-authorities-investigate-the-poisoning-of-schoolgirls-said-to-be-revenge-for-hijab-protests> [3.8.2023].

Tizro, Zahra, 2012: Domestic Violence in Iran: Women, Marriage and Islam. London, New York.

United Nations Economic and Social Council, 2006: Integration of the Human Rights of Women and the Gender Perspective. Violence against Women. Submitted by Yakin Ertürk. Special Rapporteur on Violence against Women, Its Causes and Consequences. Internet: <https://digitallibrary.un.org/record/516967?ln=en> [2.7.2023].

Zeit Online, 2023: Iran: Hunderte Schülerinnen im Iran möglicherweise vorsätzlich vergiftet. 2.3.2023. Internet: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-03/iran-maedchenschulen-vergiftungen> [1.4.2023].

Anmerkung

- 1 Daten zu häuslicher Gewalt oder Gewalt an Frauen werden von der iranischen Regierung zwar erhoben, aber nicht veröffentlicht. Aktuelle belastbare Daten, die alle iranischen Provinzen miteinschließen, liegen daher nicht vor. Journalist*innen, die über Gewalt an Frauen berichten, berufen sich i.d.R. auf Zeitungsberichte, in denen z.B. von Morden an Frauen berichtet werden.

Frauenrechte auf dem Rückzug? Ein feministischer Blick auf die Auswirkungen der politischen Entwicklungen in Tunesien

JANA BELSCHNER

Die tunesische Revolution von 2011 markiert einen wichtigen Wendepunkt für die Frauenrechte in Tunesien. Die Revolution, die durch breite Proteste gegen soziale Ungerechtigkeit, politische Unterdrückung und Korruption ausgelöst wurde, öffnete die Tür für einen demokratischen Wandel im Land. Frauen spielten eine entscheidende Rolle in diesem historischen Moment, indem sie aktiv an den Protesten teilnahmen und ihre Stimmen für Gleichberechtigung und Freiheit erhoben.

Die Revolution führte zur Entmachtung des autoritären Regimes von Präsident Zine El Abidine Ben Ali und eröffnete den Weg für demokratische und gleichstellungspolitische Reformen. In der neuen Verfassung, die 2014 verabschiedet wurde, wurden Frauenrechte explizit geschützt, und die Gleichstellung der Geschlechter wurde als grundlegender Wert des tunesischen Staates anerkannt. Die Verfassung garantierte Frauen das Recht auf Gleichberechtigung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, einschließlich politischer Partizipation, Bildung, Arbeit und Familie. Die tunesische Regierung setzte eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Frauen um. Dazu gehörten die Reform des Familienrechts, die die Gleichstellung von Frauen in Bezug auf Scheidung, Erbschaft und Sorgerecht für Kinder vorantrieb (Charrad 2015). Auch aufgrund des stetigen Drucks einer hochmobilisierten Zivilgesellschaft und einer aktiven Frauenbewegung enthielt die Verfassung weitreichende Quotenregelungen, die den politischen Einfluss von Frauen in der neuen Republik sichern sollten (Ennaji 2020). Parteien mussten nun 50% ihrer Wahllisten abwechselnd mit männlichen und weiblichen Kandidat*innen besetzen; in den Kommunalwahlen von 2018 galt sogar eine Quote für die erstplatzierten Listenkandidat*innen. Dies zeigte Wirkung: Der Frauenanteil in der tunesischen Nationalversammlung stieg von 26% in der Verfassungsgebenden Versammlung auf 31% nach den Wahlen 2014 und erreichte nahezu 50% in den Kommunalräten (Belschner 2022). Der Anteil von Frauen in der Regierung stieg von 9% im Jahr 2011 auf 10% im Jahr 2014 und 20% im Jahr 2016 (Ben Rhouma/Kchouk 2019).

Als Ergebnis dieser Fortschritte wurde Tunesien zu einem Vorreiter in der Region in Bezug auf Frauenrechte. Neben dem Anstieg der politischen Repräsentation von